

P r o t o k o l l

der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften am 2. Juni 2008 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Anwesend

Herr Dr. Bartels
Herr Dr. Döring
Herr Dr. Steffens i.V. für Herrn Prof. Dr. Hardtke
Frau Heinrich
Herr Dr. Kerath
Herr Hübner i.V. für Herrn Dr. Kühne
Herr Dr. Meyer
Herr Mundt
Herr Kruse i.V für Herrn Liskow
Herr Bauer i.V. für Herrn Noack
Herr Dr. Seils i.V. für Herrn Bremer

Entschuldigt

Herr Matuszewski
Herr Dr. Bremer
Herr Prof. Dr. Hardtke
Herr Dr. Kühne
Herr Liskow
Herr Noack

Verwaltung

Herr Hochheim
Herr Wille
Herr Kremer
Frau Resch
Frau Rosolski

Gäste

1 Bürgerin
OZ

Tagesordnung:

- 1 Sitzungseröffnung
- 2 Abstimmung der Tagesordnung
- 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
- 4 **Diskussion von Beschlussvorlagen**
 - 4.1 Straßenbenennung Bebauungsplan Nr.: 88 - 04/892
Heinrich-Heine-Straße
Dez. III, Amt 41
 - 4.2 Straßenbenennung Bebauungsplan Nr.: 92 - 04/893
Am Grünland
Dez. III, Amt 41
 - 4.3 Erhebung von Erschließungsbeiträgen im 04/895
Bebauungsplangebiet Nr. 65 „Grimmer
Straße“
Dez. II, Amt 60
 - 4.4 Bereitstellung von Aufforstungsflächen im B- 04/899
Plan Nr. 2 - Industrie- und Gewerbegebiet
Lubminer Heide
Dez. II, Amt 23
 - 4.5 Überplanmäßige Ausgabe zur Erneuerungen 04/904
von nichtöffentlichen Erschließungsleistungen
auf dem Schulhof Humboldt-Gymnasium /
Weinertschule
Dez. II, Amt 23
 - 4.6 Familienfreundliche Gebühren 04/905
Fraktion Grüne/oK, FDP-Gruppe
 - 4.7 Berechnung der Abfallgebühren auf der Basis 04/877
von Grund- und Leistungsgebühren ab 2009
 - 4.8 Außerplanmäßige Ausgabe zur Realisierung 04/912
von baulichen Veränderungen entsprechend
den Auflagen des DFB im Volksstadion
Dez. II, Amt 23
 - 4.9 Außerplanmäßige Ausgabe zum Abbau des 04/913
Sanierungsstaus bei Schulen und
Kindertagesstätten
Grüne/oK

- 5 Informationen der Verwaltung
- 5.1 Information über den Entwurf einer Rahmenvereinbarung zur Inanspruchnahme von Beratungsleistungen der Partnerschaften Deutschland
- 6 Informationen des Ausschussvorsitzenden
- 7 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
- 8 Bestätigung des Protokolls vom 07.04.2008
- 9 Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1 Sitzungseröffnung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 10 stimmberechtigten Mitgliedern.

Zu TOP: 2 Abstimmung der Tagesordnung

Zusätzlich zur Tagesordnung werden folgende Vorlagen aufgenommen:

4.7 „Berechnung der Abfallgebühren auf der Basis von Grund- und Leistungsgebühren ab 2009“

4.8 „Außerplanmäßige Ausgabe zur Realisierung von baulichen Veränderungen entsprechend den Auflagen des DFB im Volksstadion“

4.9 „Außerplanmäßige Ausgabe zum Abbau des Sanierungsstaus bei Schulen und Kindertagesstätten“.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Frau Inga Ahlgrimm, Studentin, wohnhaft in der Stralsunder Straße, berichtet über die Gründung einer Bürgerinitiative zum Erhalt der Stralsunder Straße 10. Der Investor plant, das erworbene „denkmalgeschützte Haus“ aus Kostengründen abzureißen. Frau Ahlgrimm bittet den Ausschuss, sich der Sache anzunehmen, damit das Haus nicht abgerissen wird.

Herr Mundt rät Frau Ahlgrimm, mit ihrem Anliegen an den Bauausschuss heranzutreten.

Zu TOP: 4 Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 4.1 Straßenbenennung Bebauungsplan Nr.: 88 - Heinrich-Heine-Straße

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen

Zu TOP: 4.2 Straßenbenennung Bebauungsplan Nr.: 92 - Am Grünland

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen

Zu TOP: 4.3 Erhebung von Erschließungsbeiträgen im Bebauungsplangebiet Nr. 65 „Grimmer Straße“

Auch hier gibt es keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 4.4 Bereitstellung von Aufforstungsflächen im B-Plan Nr. 2 - Industrie- und Gewerbegebiet Lubminer Heide

Herr Dr. Steffens verlässt den Raum.

Herr Dr. Döring spricht sich vehement dagegen aus, dass zum jetzigen Zeitpunkt Ausgleichsflächen für ein nicht ausgewiesenes Bebauungsgebiet geschaffen werden sollen.

Herr Dr. Kerath bemängelt, dass für den Fall der Bereitstellung von Aufforstungsflächen nichts zu den Entschädigungskosten in der Vorlage steht.

Herr Kremer sagt hierzu, dass dies dann detailliert im Vertragsentwurf stehen wird.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
4 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

Zu TOP:
4.5 *Überplanmäßige Ausgabe zur Erneuerungen von nichtöffentlichen Erschließungsleistungen auf dem Schulhof Humboldt-Gymnasium / Weinertschule*

Herr Dr. Steffens ist wieder anwesend.

Herr Hochheim bemerkt, dass in der Finanzierungsleiste unter Punkt 3, gebende HH-Stelle statt Gebühren Abwasser „Beiträge Abwasser“ stehen muss.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen

Zu TOP:
4.6 *Familienfreundliche Gebühren*

Herr Dr. Döring erklärt, dass sich im Familienprogramm unter Pkt. 5 das Ziel von Willkommenspaketen gesetzt wurde und diese Vorlage nun zur Umsetzung des 10-Punkte-Programms dienen soll.

Die Punkte, die in dieser Vorlage angesprochen werden, sind alles Tatbestandsmerkmale nicht im eigenen, sondern im übertragenen Wirkungskreis, so Herr Hochheim. Sie betreffen das Melde- und das Personenstandsrecht und sind somit an die Verordnung zur Ausführung an das Personenstandsgesetz des Innenministeriums geknüpft. Herr Hochheim empfiehlt, das Verwaltungskostengesetz des Landes und die dazu erlassenen Verordnungen des Innenministeriums anzuwenden.

Die behördliche Anmeldung von Familien bzgl. Hauptwohnsitz in Greifswald war bislang schon immer gebührenfrei.

Nach Diskussion wird die Vorlage zurückgezogen.

Es wird vorgeschlagen, dass der Einbringer der Vorlage sich mit der Verwaltung zusammensetzt und dann ggf. die Vorlage neu erarbeitet wird.

Zu TOP:
4.7 *Berechnung der Abfallgebühren auf der Basis von Grund- und Leistungsgebühren ab 2009*

Herr Dr. Seils tritt der Ausschusssitzung bei.

Was in der Vorlage für die Anlieferung von Landschaftsbetrieben vorgeschlagen wird, ist rechtlich nicht akzeptabel, so Herr Dr. Kerath.

Es wird von einer Sonderregelung gesprochen, die nicht weiter untersetzt ist.

Herr Dr. Meyer bemerkt hierzu, dass die SPD-Fraktion krankheitsbedingt durch Herrn Dr. Bremer schon seit Monaten nicht mehr in der Arbeitsgruppe vertreten ist. Die Arbeitsgruppe hätte sich gewünscht, mehr Sachverstand einbringen zu können.

Herr Dr. Meyer erklärt aus seiner Sicht, was in dieser Vorlage anders ist, als in der, die mit der Bürgerschaft abgestimmt war.

Nach Diskussion ist man sich einig, dass der neue Satzungsentwurf, der für September/Oktober 2008 den Bürgerschaftsgremien vorgelegt werden soll, abgewartet wird.

Herr Hochheim macht auf evt. Schwierigkeiten mit dem Zeitablauf aufmerksam, wenn ab 1.1.2009 die neuen Regelungen in Kraft gesetzt werden sollen.

Herr Dr. Meyer kritisiert den Abstimmungsprozess in der Verwaltung, der aus seiner Sicht und die der Arbeitsgruppe nicht gut gelaufen ist. In der Arbeitsgruppe wird seit 1 ½ Jahren gearbeitet. Es erscheint der Eindruck, dass die Vertreter der Verwaltung aus dem Bereich Umwelt keine Rücksprachen mit den Juristen der Stadtverwaltung gehalten haben, um zu sehen, ob die vorgeschlagene Vorgehensweise praktikabel ist.

Herr Dr. Steffens unterstützt Herrn Dr. Meyer und macht noch auf zwei Punkte aufmerksam:

Unter 1.2 „Für Sperrmüll: Sperrmüll aus privaten Haushalten wird auf schriftliche Anforderung 1 x jährlich kostenlos abgeholt.“ Da das 1 x abholen in der Grundgebühr enthalten ist, muss es hier richtig heißen: „... wird auf schriftliche Anforderung 1 x ohne zusätzliche Gebühren abgeholt. Weiterhin soll 1 x jährlich eine Selbstanlieferung *ohne zusätzliche Gebühren* möglich sein.“

Bei 1.4 „Für Bioabfälle: Die Anlieferung von Bioabfällen aus privaten Haushalten ist wie bisher kostenlos.“ Hier muss es heißen: „Die Anlieferung von Bioabfällen aus privaten Haushalten ist in der Grundgebühr enthalten.“

Herr Mundt lässt über die Vorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

Zu TOP: *Außerplanmäßige Ausgabe zur Realisierung von baulichen*
4.8 *Veränderungen entsprechend den Auflagen des DFB im Volksstadion*

Herr Mundt erklärt, dass diese Vorlage Tagesordnungspunkt der außerordentlichen Bürgerschaftssitzung vom 5.6.2008 ist.

Herr Kremer stellt die Vorlage vor und entschuldigt sich für die enthaltenen Fehler, die aufgrund des Zeitdrucks entstanden sind. Da der Fußballclub vor dem möglichen Aufstieg steht, muss die Stadt die Voraussetzungen schaffen, um die entsprechende Lizenz zu erhalten. Diese Lizenz wird vom DFB nur erteilt, wenn bestimmte Auflagen erfüllt werden. Im Einzelnen werden diese von Herrn Kremer mit den entsprechenden Kosten dargestellt. Der Gesamtumfang beträgt ca. 545.000 € aus dem Vermögenshaushalt und zusätzlich innerhalb der nächsten zwei Jahre nochmals ca. 180.000 € Miete für den Container. In der Planung ist man soweit, dass, wenn die Bürgerschaft am 5.6.2008 der Vorlage zustimmt, kurzfristig die Ausschreibungen zu den Maßnahmen durchgeführt werden können. Wenn alles optimal läuft, werden Anfang/Mitte September 2008 die Baumaßnahmen beendet sein.

Herr Dr. Kerath macht auf einen unvollständigen Satz auf Seite 3, 4. Absatz aufmerksam. Richtig muss dieser heißen:“ Erörtert wurde eine Förderung von jeweils 1/3 durch das Land und den *Landessportbund*; danach hätte die Stadt 1/3 der Kosten zu tragen.“

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Kerath, ob bei Wegnahme des Geldes von der Post dort dann die Arbeiten zum Erliegen kommen, antwortet Herr Hochheim, dass der zusätzliche F-4-Anteil aller Voraussicht nach für die Post dieses Jahr nicht, aber zu einem anderen Zeitpunkt benötigt wird.

Frau Heinrich stellt an Herrn Hochheim die Frage, ob dieses Vorhaben haushaltsrechtlich in dieser Größenordnung zulässig ist. Herr Hochheim erklärt, dass deswegen eine Dringlichkeitssitzung der Bürgerschaft anberaumt wurde. Bis zu 380.000 € hat der Hauptausschuss die Möglichkeit, nach der Hauptsatzung außerplanmäßige Ausgaben zu entscheiden, bei 545.000 € benötigt man die Entscheidung der Bürgerschaft. Diese wiederum muss die Wertgrenze von aktuell noch 600.000 € beachten, wenn nicht gleichzeitig eine Nachtragssatzung erarbeitet werden soll.

Herr Dr. Döring äußert seinen Unmut über die Verfahrensweise, dass für einen solchen Zweck kurzfristig 750.000 € bereitstehen und für die Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten kein Geld da ist. Des Weiteren kritisiert er, dass nur zugunsten des Fußballvereins das Stadion umgebaut wird und alle anderen Vereine seit Jahren mit schlecht sanierten Hallen auskommen müssen.

Herr Hochheim gibt einen Hinweis an 23: Unter Ziffer 2 des Beschlussvorschlages wird die außerplanmäßige Ausgabe des Verwaltungshaushaltes, angesprochen, die auf 3 Haushaltsjahre verteilt werden. Für 2008 soll als Deckungsquelle die Minderausgabe im Tilgungsplan genannt werden. Herr Hochheim bittet um die dementsprechende Ergänzung in der Finanzierungsschiene.

Nach umfangreicher Diskussion lässt Herr Mundt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
4 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

Zu TOP: 4.9 Außerplanmäßige Ausgabe zum Abbau des Sanierungsstaus bei Schulen und Kindertagesstätten

Herr Dr. Döring erklärt, wenn jetzt offenbar 750.000 € aus dem Vermögenshalt zur Verfügung stehen, dass es haushaltspolitisch dringlicher wäre, dieses Geld in den baulichen Zustand von kommunalen Gebäuden zu investieren als in die Außenanlagen des Volksstadions. Die benötigten Gelder für die Außenanlagen des Volksstadions können nach dem Willen der Bürgerschaft regulär im Haushalt 2009 eingeplant werden. Bei einem jetzigen Aufstieg des GSV 04 sollte es möglich sein, vorübergehend einen Ersatzspielort zu nutzen.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
5 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

Zu TOP: 5 Informationen der Verwaltung

Herr Hochheim informiert, wie sich voraussichtlich das Ist zum Jahresende im Verwaltungshaushalt darstellen wird. Aus der Einkommenssteuer werden ca. 1 Mio. € mehr erwartet, als geplant. Dabei ist der Planansatz für 2008 bei dieser Position bereits deutlich höher ausgefallen als der von 2007. Andererseits stehen dem aber auch Mehrausgaben gegenüber, wie z. B. die Personalausgaben in Höhe von 804 T€, resultierend aus dem TvÖD und dem Nichtabschluss des bezirklichen Tarifvertrages. Schlechter, als geplant, laufen auch die Kosten für Unterkunft und Heizung. Hier wird mit einer Mehrbelastung von ca. 900 T€ gerechnet, wobei die Stadt abzüglich der Beteiligung des Bundes etwa 600 T€ tragen muss. Trotzdem kann die Stadt

insgesamt 2,5 Mio. € Altfehlbetrag abbauen (geplant waren 3 Mio. €).

Des Weiteren informiert Herr Kremer über das Eschensterben im Wald, welches dramatische Auswüchse annimmt. Möglicherweise wird es erhebliche finanzielle Konsequenzen geben (Kahlschläge und Aufforstungsgebot). In der nächsten Sitzung wird Herr Knoll detailliert darüber berichten.

Zu TOP: 5.1 Information über den Entwurf einer Rahmenvereinbarung zur Inanspruchnahme von Beratungsleistungen der Partnerschaften Deutschland

Herr Hochheim informiert über den o. g. Entwurf. Das Bundeskabinett aus dem Bundesministerium für Finanzen hat beschlossen, eine ÖPP-Gesellschaft (Partnerschaften Deutschland – PDG) zu gründen. Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP/PPP) sollen auf diese Weise beschleunigt durchgesetzt werden. Es ist angedacht, dass diejenigen, die dieser Rahmenvereinbarung beitreten, späterhin auf die Leistung der Agentur (Beratungsleistungen) zugreifen können. Ein Kontrahierungszwang für die Öffentliche Hand, d. h. eine Verpflichtung zum Abruf der Leistungen besteht für die Öffentliche Hand nicht. Herr Hochheim macht darauf aufmerksam, dass aus vergaberechtlichen Gründen ein Beitritt der Städte zur Rahmenvereinbarung nach der Ausschreibung grundsätzlich nicht mehr möglich ist. Städte, die innerhalb der nächsten vier Jahre auf PPP-Beratungsleistungen der PDG zurückgreifen wollen, müssen bis zum 1. Juli 2008 die Rahmenvereinbarung unterzeichnen.

Die Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung verpflichtet zu nichts, hat aber den Vorteil, im Falle eines Falles die Agentur ohne Ausschreibung für Beratungsleistungen in Anspruch zu nehmen.

Kosten entstehen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nur, wenn die Beratungsleistung in Anspruch genommen wird.

Der Ausschuss befürwortet einen Beitritt.

Zu TOP: 6 Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Zu TOP: 7 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Frau Heinrich kommt nochmals auf den geplanten Abriss des denkmalgeschützten Hauses in der Stralsunder Straße 10 zu sprechen. Im Grunde geht es darum, dass die Stadt auf die Uni Einfluss nimmt, damit dieses Gebäude nicht abgerissen wird. Die Verwaltung wird

beauftragt, zu prüfen, welche Möglichkeiten hier bestehen.

Zu TOP: 8 Bestätigung des Protokolls vom 07.04.2008

Über das Protokoll wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
4 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 9 Schluss der Sitzung

Die Sitzung endet um 19:30 Uhr.

gez.
Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

gez.
Birgit Rosolski
für das Protokoll